

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 351/2015
Kiel, Donnerstag,
24. September 2015

Wirtschaft/Wachstum

Christopher Vogt: Landesregierung muss endlich für Wirtschaftswachstum sorgen

Zu den neuesten Zahlen zum Bruttoinlandprodukt in Schleswig-Holstein erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es kann niemanden überraschen, dass das Wirtschaftswachstum unseres Bundeslandes im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich ist. Die sozialdemokratisch geprägten Landesregierungen sind dafür verantwortlich, dass Schleswig-Holstein seit 1990 im Vergleich mit den anderen westdeutschen Flächenländern deutlich schlechtere Wirtschaftswachstumswerte zu verzeichnen hat. Dadurch ist mittlerweile eine eklatante Wachstumslücke entstanden, die zu unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen und schlechteren Chancen vor allem für junge Menschen geführt hat. Die Tatsache, dass Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr überdurchschnittliche BIP-Werte verzeichnen konnte, wofür sich die Landesregierung umgehend abgefiebert hat, war vorrangig auf die Produktion von Wehrtechnik (U-Boote) zurückzuführen. Solche Einmaleffekte können jedoch die völlig verfehlte Wirtschaftspolitik von Rot-Grün-Blau nicht wettmachen. Wenn einmal wie jetzt kein U-Boot ausgeliefert wird, wird sehr deutlich, wo unser Bundesland wirklich steht - nämlich ganz unten in der Tabelle.“

Die Wirtschaft im Land leidet unter der von der Koalition zelebrierten Überbürokratisierung wie z.B. beim Vergabegesetz und unter ausbleibenden Investitionen. Die Verkehrsinfrastruktur des Landes und die Hochschulen werden trotz vorhandener Mittel vernachlässigt und der Ausbau der A20 blockiert. Dies führt zu ausbleibenden Investitionen der Privatwirtschaft, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Land verhindert. Die Landesregierung hat es leider auch unterlassen, wie die Vorgängerregierung einen direkten Ansprechpartner für die konkreten Anliegen des schleswig-holsteinischen Mittelstands zu installieren. Dem Land fehlt es auch noch immer an einem industriepolitischen Konzept. Von einer aktiven Ansiedlungspolitik ist bei der Landesregierung nichts zu sehen. Die in der Staats-

kanzlei angesiedelte Landesplanung blockiert stattdessen sogar die Ausweisung dringend benötigter Gewerbe- und Industrieflächen im Hamburger Umland. Diese vielen wirtschaftspolitischen Fehler können die vielen PR-Termine des Wirtschaftsministers nicht heilen.

Eine nachhaltige und generationengerechte Politik für Schleswig-Holstein wäre, die Wachstumsbremsen endlich zu lösen und die Unternehmen von bürokratischem Ballast zu befreien. Zudem muss sich die finanzpolitische Schwerpunktsetzung ändern: Weniger konsumtive Ausgaben, mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Die Landesregierung muss endlich damit beginnen, die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins herzustellen.“